

## Kandidaten und Abgeordnete von CDU und SPD in Berlin von 1946 bis 1963

Hohmann, Johannes-Berthold

Veröffentlichungsversion / Published Version  
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:  
GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Hohmann, J.-B. (1987). Kandidaten und Abgeordnete von CDU und SPD in Berlin von 1946 bis 1963. *Historical Social Research*, 12(1), 51-71. <https://doi.org/10.12759/hsr.12.1987.1.51-71>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:  
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

### Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more Information see:  
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

KANDIDATEN UND ABGEORDNETE VON CDU UND SPD  
IN BERLIN VON 1946 BIS 1963

Johannes-Berthold Hohmann (•)

*Abstract: Information on candidates, including name, date and place of birth, first occupational background, and the current profession are regularly gazetted in Berlin as part of the official proceedings required by the formal standards of a pluralist democratic process. This information serves as the data base for an empirical analysis of the social composition of candidates appointed by the two major parties in Berlin (Social Democratic Party and Christian Democratic Party) for six elections between 1946 and 1963. The panel-like design of the data permits the identification of frequency with which a person contested a seat in parliament, and thus allows for the analysis of circulation processes. An increase in candidates employed in the public sector, changes in the social background - both mainly due to generation replacement - and a basically continuous circulation of candidates from the first postwar elections onwards are the principal results.*

Die Untersuchung der Kandidaten von CDU und SPD von 1946 bis 1963 in Berlin ist eingebettet in die langfristigen Forschungsstrategien des Projektes "Demokratie und Antikommunismus in Berlin nach 1945", welches die Entstehung, Tradierung und den Wandel des antikommunistischen Widerstandskonsenses der Berliner Bevölkerung von 1945 bis 1972 analysiert.(1) Dies geschieht stets unter Beachtung des Interaktionsdreiecks von Besatzungsmächten, politischen Eliten und der Bevölkerung. Da es gerade Sozialdemokraten waren, die bei der Genese des genannten Berliner Einstellungssyndroms eine wesentliche Rolle spielten, ist dieser Teil der politischen Elite Berlins in der unmittelbaren Nachkriegszeit bisher von uns eingehend empirisch untersucht worden. Unter anderem entstand in diesem Zusammenhang eine Untersuchung der Kandidaten von SPD und KPD bzw. SED zu den Stadt- und Bezirksverordnetenversammlungen der Jahre 1929, 1933 und 1946(2); damit wurden Fragen von Kontinuität und Bruch in der deutschen Arbeiterbewegung nachgegangen. Hieraus erwuchs der naheliegende Gedanke, eine umfassende Untersuchung der Kandidaten der beiden großen "Volksparteien" SPD und CDU zum Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen durchzuführen.

Mit dem nunmehr vorliegenden Datensatz, der die Kandidaten und Abgeordneten von CDU und SPD in Berlin von 1946 bis 1963 beschreibt, tun sich vielfältige Analysemöglichkeiten auf, die in der technischen Konzeption des Datensatzes, in der Länge des Untersuchungszeitraumes und in den verschiedenen Untersuchungsebenen gleichermaßen begründet sind. Neben der "herkömmlichen" Abgeordnetensoziologie(3)

---

(•) Address all communications to: J.-B. Hohmann, Freie Universität Berlin, Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung, Malteserstr. 74-100, D-1000 Berlin 46.

können damit Untersuchungen der sozialstrukturellen Repräsentation und Zirkulation von Kandidaten und Abgeordneten vorgenommen werden, wie sie für Berlin bisher lediglich für die Jahre 1979 und 1981 vorliegen.(4)

Die Relevanz eines solchen Datensatzes für theoretische Fragen der politischen Soziologie, wie z.B. der Entwicklung allgemeiner Modelle der Elitenrekrutierung und -Zirkulation liegt damit zum einen auf der Hand. Zum anderen darf aber nicht der besondere historische Hintergrund Berlins, vor dem sich die Wahlen zwischen 1946 und 1963 abgespielt haben, außer acht gelassen werden, der diesen Datensatz zu einem wertvollen empirischen Beitrag auf dem Felde der historischen Sozialforschung macht. Hier stehen u.a. die Parteigründer bzw. für die SPD die Parteiwiedergründer im Mittelpunkt des Interesses, sowie die Frage eines möglichen Einflusses der ausgeprägten christlich-sozialistischen Programmatik der CDU-Gründer in Berlin auf die Kandidaten-aufstellungen bei den Wahlen 1946 und 1948.

Nach Erläuterung von Entwurf und Aufbau des Datensatzes im folgenden soll daran anschließend ein erster Überblick über die wichtigsten bisherigen empirischen Resultate gegeben werden, wobei eine mögliche Einordnung der Ergebnisse in historische und theoretische Zusammenhänge nur angedeutet werden können.

## **I. Der Aufbau der Studie**

Die Daten wurden aus dem Amtsblatt für Berlin bzw. Berlin (West) der Wahljahre 1946, 1948, 1950, 1954, 1958 und 1963 erhoben und zwar für die Kandidaten und gewählten Abgeordneten zu den 12 bzw. 1946 20 Bezirksverordnetenversammlungen und zum Berliner Abgeordnetenhaus (das 1946 und 1948 noch "Stadtverordnetenversammlung" hieß). Analyseeinheit ist jedoch nicht die einzelne Kandidatur, sondern die Person, die bei einer oder mehreren dieser sechs Wahlen Kandidat der SPD oder der CDU war. Eine panelartige Struktur der Datei war notwendig, um Fragen der Zirkulation und Anciennität von Abgeordneten nachgehen zu können. So mußte bei jeder Kandidatur gefragt werden, ob die Kandidatin oder der Kandidat vorher schon einmal kandidiert hatte. Es war letztendlich der Versuch, eine möglichst effiziente Lösung für dieses methodisch-technische Identifikationsproblem zu finden, welcher uns bewog, das Datenbanksystem SIR (Scientific Information Retrieval) zu benutzen.

Mit diesem Schritt taten sich andere technische Möglichkeiten auf. Das Programm SIR kann alphanumerische Variablen bis zu einer Länge von 256 Zeichen verarbeiten. Damit konnten wir die Angaben in den Amtsblättern komplett, d.h. uncodiert aufnehmen. Ein Umstand, der, etwa bei der Behandlung von Geburtsort- oder Berufsangaben erhebliche Vorteile mit sich bringen dürfte, da hier auch nachträglich andere Konzeptualisierungen von Variablen möglich sind. Ferner konnte die hohe Flexibilität des Programms in Bezug auf dessen Programmiermöglichkeiten dahingehend benutzt werden, daß die Dateneingabe direkt am Terminal erfolgen konnte.

SIR ist ein Case-orientiertes System, dessen wichtigste Variable die sogenannte Case-Id ist, die einen Fall (Case) eindeutig identifiziertes). Zu einem Fall gehören dann sogenannte Records: die eigentlichen Informationsträger, deren Häufigkeit von Fall zu Fall verschieden sein kann. Die Datenmatrix ist also nicht rechteckig.

Auf unser Vorhaben übertragen bedeute dies, daß ein Case die Person ist und ein Record die Information der jeweiligen Kandidatur beinhaltet. Case-Id ist eine alphanumerische Variable, die den Namen, den Vornamen, sowie das Geburtsdatum enthält. Über diese Case-Id erfolgt die Zuordnung von einem Record (Kandidatur) zu einem Fall (Person). Damit sind für die Periode 1946 bis 1963 4621 Personen oder Cases 8727 Kandidaturen oder Records zugeordnet.

Tabelle 1 gibt eine Übersicht über die aus den Amtsblättern entnommenen Informationen bei den jeweiligen Wahlen.

**Tabelle 1:** Übersicht über die aus den Amtsblättern übernommenen Informationen

Variable	Wahljahr					
	46	48	50	54	58	63
Name	X	X	X	X	X	X
Mädchenname	X	X	X	X	X	X
Geschlecht	X	X	X	X	X	X
Alter	-	X	X	X	X	X
Geburtsort	-	X	X	X	X	X
Adresse	X	X	X	X	X	X
"Beruf"	X	X				
erlernter Beruf	-	-	X	X	X	X
ausgeübter Beruf	-	-	X	X	X	X
akadem. Titel im Namen	X	X	X	X	X	X
<b>Abgeordnetenhaus:</b>						
Stadtlistenplatz	X	X	X	X		
Wahlkreisplatz	X	X	X	X	X	X
Wahlkreisbezirk	X	X	X	X	X	X
Wahlkreisnummer					X	X
Gewählt	X	X	X	X	X	X
<b>Bezirksverordnetenversammlung:</b>						
Listenplatz	X	X	X	X	X	X
Bezirk	X	X	X	X	X	X
Gewählt	X	X	X	X	X	X

X = Information kommt vor

Für das Jahr 1946 fehlen Angaben zum Alter und zum Geburtsort. 1946 und 1948 wurde nicht zwischen erlerntem und ausgeübtem Beruf unterschieden. Überprüfungen mit Kandidaten der Wahljahre 1946 und 1948, die auch später noch einmal kandidierten, ergaben kein systematisches Bild hinsichtlich der Tendenz bei der Kandidatur 1946 bzw. 1948 eher den erlernten oder den ausgeübten Beruf anzugeben. Diese Angaben sind also als eine sich vorerst noch unsystematisch darstellende Mischung aus tatsächlicher Beschäftigungslage und sozialem Selbstverständnis anzusehen.

## II. Konstanz und Wandel sozialstruktureller Merkmale von Abgeordneten und Kandidaten von 1946 bis 1963

Die folgende Vorstellung der ersten empirischen Resultate geschieht eher überblicksartig. Eine weitgehende systematische Vertiefung der Analyse, sowie eine genaue Ausleuchtung des jeweiligen konkreten historischen Hintergrundes werden im weiteren Verlauf der Forschungsarbeiten unseres Projektes erfolgen. Hier ist unter anderem für das Wahljahr 1946 ein detaillierter Vergleich der Kandidaten von CDU, SED und SPD geplant. Zu dieser Analyse gehört eine besondere Betrachtung derjenigen Kandidaten von SPD und SED, die auch schon 1929 und/oder 1933 bei Berliner Kommunalwahlen kandidiert haben. Ein ähnliches Vorgehen bei den christdemokratischen Kandidaten, also die Frage, ob und in welchen Parteien (Zentrum, DDP, DVP, Volksdienst) diese

vor 1933 bei Berliner Kommunalwahlen kandidiert haben, können wir lediglich als Forschungsanregung weitergeben. Eine historische Besonderheit des Wahljahres 1946 ist weiterhin die Frage, ob und wann die Kandidaten von SPD und CDU, die in den Ostsektoren der Stadt aufgestellt waren, noch einmal bei späteren Wahlen in Berlin (West) kandidierten.

Für die Jahre 1958, 1963 und 1967 liegen ferner Kurzbiographien von SPD-Kandidaten vor; zwar nicht durchgehend und für alle Berliner Bezirke, jedoch oftmals vollständig für einen vorhandenen Bezirk. In drei Bezirken (Neukölln, Reinickendorf, Spandau) liegen für die oben genannten Wahlperioden diese Kurzbiographien durchgehend vor. All dieses Material soll ebenfalls bei einer detaillierten Analyse der Wahljahre 1958 und 1963 Verwendung finden.

Die bisherigen Erfahrungen in methodisch-technischer Hinsicht, die sich bei zukünftigen Projekten dieser Art durchaus kostenmindernd auswirken dürften, einige der wichtigsten vorliegenden Resultate sowie die Frage des Einflusses veränderter gesellschaftlicher, innen- und sicherheitspolitischer Konstellationen, lassen es uns ratsam erscheinen, eine Erweiterung der sozialstrukturellen Analyse der Kandidaten von SPD und CDU bis in die Gegenwart, eventuell auch auf andere Parteien ins Auge zu fassen.

Im folgenden werden wir zunächst die Kandidaten insgesamt untersuchen, ohne zwischen gewählten und nicht gewählten Kandidaten zu unterscheiden.

## 1. Geschlecht

1946 betrug der Anteil von Frauen an der Berliner Bevölkerung 59,6% und fiel bis 1963 nur leicht auf 57,4%.<sup>(6)</sup> Not und Elend der unmittelbaren Nachkriegszeit bedingten eine vorübergehende Stärkung der gesellschaftlichen Position der Frau, auf die auch die nach wie vor männlich dominierte Politik Rücksicht zu nehmen hatte.

**Tabelle 2:** Anteil der Frauen an den Kandidaten (in Prozent)

	Wahljahr					
	1946	1948	1950	1954	1958	1963
SPD	22	20	20	17	16	16
CDU	23	23	21	20	17	17
SPD N=100%	(989)	(629)	(716)	(629)	(597)	(703)
CDU N=100%	(723)	(457)	(498)	(470)	(583)	(588)

1946 und 1948 ist der Anteil von Frauen in beiden Parteien am höchsten und geht in beiden Parteien im Laufe der Zeit zurück, wobei die SPD eine Wahlperiode eher als die CDU, nämlich 1954, die 20-Prozentmarke unterschreitet.

Wenn die Zahl von 44,6% stimmt, die der CDU-Geschäftsführer im März 1947<sup>(7)</sup> als Anteil von weiblichen Parteimitgliedern angibt, dann sind CDU-Frauen bei der Kandidatenaufstellung in dieser Zeit deutlich benachteiligt gewesen, und auch ein Rückgang des weiblichen Anteils in der CDU auf 36% im Jahre 1950<sup>(8)</sup> hebt dieses Mißverhältnis nicht auf. Bei der SPD wird für den 31.3.1947 der Frauenanteil an Parteimitgliedern mit 25,7% angegeben, für Ende 1949 mit 27%, so daß hier Frauen im Verhältnis von Parteimitgliedern zu Kandidaten, wenn auch bei weitem nicht so deutlich unterrepräsentiert sind.<sup>(9)</sup>

## 2. Geburtsort

Für diesen Bericht haben wir lediglich zwischen Berlinern und Nicht-Berlinern unterschieden. Es sind jedoch verschiedene Herangehensweisen an diese Variablen möglich. So könnten neben einfachen geographischen Unterscheidungen auch solche nach Ortsgröße vorgenommen werden oder solche nach Nähe oder Distanz zu industriellen Ballungszentren oder etwa nach speziellen stark regional eingefärbten konfessionellen Milieus, die in Zusammenhang mit anderen Indikatoren, sowohl den ehemaligen Kontextbedingungen der Metropole Berlin, die seinerzeit vornehmlich Menschen aus den östlichen Gebieten des Deutschen Reiches anzog, als auch den veränderten Bedingungen der Nachkriegszeit gerecht werden.

Wir können diesem Aspekt hier nicht weiter nachgehen. Es ist jedoch bemerkenswert - und damit im oben angesprochenen Sinne untersuchungswürdig -, daß der Anteil der in Berlin geborenen Kandidaten bei der SPD durchgehend eindeutig größer ist als bei der CDU.

**Tabelle 3:** Anteil der in Berlin geborenen Kandidaten (in Prozent)

	Wahljahr 1948	1950	1954	1958	1963
SPD	50	52	65	59	60
(N=100%)	(629)	(716)	(629)	(597)	(703)
CDU	40	39	44	47	41
(N = 100%)	(457)	(498)	(470)	(583)	(588)

Mögliche Erklärungsansätze dieses Phänomens würden bei deren Operationalisierung gewiß auch eine geographische Unterscheidung der Variablen Geburtsort nach ehemaligen Ostgebieten des Deutschen Reiches und der heutigen DDR beinhalten, mithin also der Frage des möglicherweise unterschiedlichen Gewichts von Flüchtlingen und Vertriebenen in beiden Parteien nachgehen.

## 3. Alter

Bekanntlich sind an die Variable Alter auch verschiedene Herangehensweisen möglich. Wir haben einmal eine Einteilung nach Gesichtspunkten des Lebenszyklus und einmal eine solche nach Generationen vorgenommen, wobei wir hier, in Anlehnung an Fogt(10) die sogenannten "formativen" Jahre auf die Zeit vom 15. bis einschließlich des 25. Lebensjahres festgelegt haben. Es wurde nach den politischen Systemen des Kaiserreiches, der Weimarer Republik, des Faschismus und der Nachkriegszeit unterschieden. Wenn jemand die Mehrzahl seiner formativen Jahre in einer der genannten Perioden verbracht hat, wurde er dieser zugeteilt.

Wenn wir uns zunächst jedoch einfach das Durchschnittsalter der Kandidaten ansehen, so ergibt dies ein sehr stabiles Bild.

**Tabelle 4:** Durchschnittsalter der Kandidaten (in Jahren)

	Wahljahr 1948	1950	1954	1958	1963
SPD	49,0	49,4	49,2	49,0	49,5
CDU	49,2	48,6	49,3	47,8	49,6

Bei der SPD "schwankt" das Durchschnittsalter der Kandidaten im Zeitraum von 1948 bis 1963 zwischen 49,0 und 49,5, bei der CDU zwischen 47,8 und 49,6 Jahren.

Dieser Gesamteindruck kaschiert gleichwohl leichte Verschiebungen in der altersmäßigen Zusammensetzung der Kandidaten.

Tabelle 6: Altersgruppen der Kandidaten (in Prozent)

	Wahljahr 1948	1950	1954	1958	1963
<b>SPD</b>					
bis 35 J.	10	10	15	16	13
36 - 49 J.	41	41	35	32	34
50 - 64 J.	44	41	41	43	42
älter	5	8	9	9	11
N=100%	(629)	(714)	(629)	(597)	(702)
<b>CDU</b>					
bis 35 J.	14	17	18	19	16
36 - 49 J.	34	34	32	34	33
50 - 64 J.	45	41	39	36	39
älter	7	8	11	11	12
N=100%	(457)	(498)	(470)	(582)	(588)

Bei der SPD ist die Gruppe der 50 bis 64-jährigen am konstantesten vertreten, während in den übrigen Altersgruppen leichte Verschiebungen zu verzeichnen sind. Betrug der Anteil der unter 35-jährigen bis 1950 10%, so steigt er in den fünfziger Jahren um etwa 5% an und geht 1963 leicht zurück. Bei der CDU ist der Anteil der jüngeren Kandidaten (bis 35 Jahre alt) durchgehend größer als bei der SPD. In beiden Parteien ist eine Steigerung des Anteils der älteren Kandidaten festzustellen.

Die Veränderung der generationsmäßigen Zusammensetzung über Zeit ergibt folgendes Bild:

Tabelle 6: Generationen (in Prozent)

	Wahljahr 1948	1950	1954	1958	1963
<b>SPD</b>					
Kaiserreich	45	39	26	16	8
Weimar	44	48	51	48	40
Faschismus	11	13	17	22	30
Nachkrieg			6	14	22
N=100%	(627)	(714)	(629)	(597)	(702)
<b>CDU</b>					
Kaiserreich	49	41	31	17	10
Weimar	37	41	41	41	38
Faschismus	14	18	23	28	31
Nachkrieg			5	14	21
N=100%	(454)	(491)	(470)	(582)	(588)

Die Weimarer Generation ist bei der SPD durchgehend und bis 1958 um ca. 8% stärker vertreten als bei der CDU. Andererseits ist der Anteil der im Faschismus sozialisierten Kandidaten bei der CDU - bis 1958 ebenfalls deutlich - höher als bei der SPD.

Dies mag als Ausdruck der Tatsache gelten, daß bei der CDU in der unmittelbaren Nachkriegszeit, der Anteil jüngerer Parteimitglieder höher war als bei der SPD. Die Parteiaktivitäten der jungen Christdemokraten wurden als "besonders beachtlich" beschrieben und "das Interesse an politischer Identitätsfindung unter jüngeren Mitgliedern, die Weimarer Zeit nicht aus eigener Erfahrung kannten, führte bald in mehreren Bezirken zu eigenständigen Gruppenbildungen".(11)

Ob die Relativierung dieses oben konstatierten Unterschiedes möglicherweise bei der SPD mit dem beginnenden Ablösen der Weimarer Generation zu tun hat, wäre eingehender zu untersuchen. So fällt beispielsweise auf, daß zwischen 1958 und 1963 bei der SPD der Anteil der Weimarer Generation um 8% abnimmt, während andererseits die im Faschismus Sozialisierten in diesem Zeitraum um 8% zunehmen. Die gleichen Zahlen betragen bei der CDU jeweils nur drei Prozent. Die endgültige Beantwortung dieser muß jedoch eingehenden Kohortenanalysen vorbehalten bleiben.

#### 4. Erlernter und ausgeübter Beruf

Wie eingangs bereits erwähnt, gestattet die komplette Aufnahme der Berufsangaben verschiedene Herangehensweisen an diese Variablen bei zukünftigen Analysen. Hier ist es langfristig unser Ziel, intervallskalierte Variablen zu schaffen, die den sozialen Status widerspiegeln, um so vornehmlich Vorgänge der sozialen Mobilität zu erfassen und zwar sowohl bei Vergleichen zwischen erlernten und ausgeübten Berufen, als auch bei Vergleichen von Angaben des ausgeübten bei Mehrfachkandidaten.(12)

Wenn wir zunächst eine 10 Kategorien umfassende Einteilung der Berufe für alle Kandidaten betrachten, so ergibt sich für den erlernten Beruf folgendes Bild, wobei hier noch einmal erwähnt sei, daß in den Amtsblättern erst ab 1950 zwischen erlerntem und ausgeübtem Beruf unterschieden wird:

**Tabelle 7: Erlernter Beruf der Kandidaten (in Prozent)**

	SPD				CDU			
	1950	1954	1958	1963	1950	1954	1958	1963
a) ohne, keine Angabe	6	5	6	5	9	7	5	8
b) un- u. angelernte Berufe	2	1	1	1	2	1	2	1
c) Facharbeiter	30	31	31	26	14	14	13	12
d) Meister, Ingen. ohne Diplom	5	6	3	3	7	5	4	4
e) einfache Angestellte	4	5	5	3	3	4	4	3
f) qualifizierte Angestellte	37	36	36	39	39	41	40	43
g) höhere Angestellte	9	9	8	11	12	11	15	13
h) Selbständige	1	-	1	1	2	1	2	2



**Tabelle 7:** Fortsetzung

	SPD 1950	1954	1958	1963	CDU 1950	1954	1958	1963
i) freie, akademische Berufe	6	7	8	11	12	16	15	16
j) Wahlbeamte, Funktionäre in Parteien, Verbänden	0	0	0	00	00	00	00	00
N=100%	(683)	(615)	(596)	(703)	(491)	(464)	(583)	(588)

**Zusammenfassung**

a) ohne, keine Angabe	6	5	6	5	9	7	5	6
b.c.d) manuelle Tätigkeit	37	38	35	30	23	20	19	17
e.f) Angestellte	41	41	41	42	42	45	44	46
g.h.i) mittelständisch bürgerl. Berufe	16	16	18	23	26	28	32	31
N=100%	(683)	(615)	(596)	(703)	(491)	(464)	(583)	(588)

Die Berufe mit manueller Tätigkeit (Kategorien b, c, und d) sind zusammengezogen bei der SPD 1950 und 1954 gleich stark und gehen erst 1963 deutlich zurück, während bei dieser Wahl der Anteil der mittelständischen Berufe (Kategorie g, h und i) ansteigt. Auch bei der CDU spielen sich Veränderungen in diesen Berufskategorien ab, verlaufen jedoch eher kontinuierlich. Inwieweit der abnehmende Anteil von Leuten, die von ihrer sozialen Herkunft her aus "blue collar" Berufen kommen, hier möglicherweise zusammenhängt mit einer geringer werdenden Bedeutung der gewerkschaftlichen Identität, die von 1946 bis 1948 für die Berliner CDU sehr groß war (sozialistische Programmatik, Beteiligung von katholischen und Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaftern an der Gewerkschaftsopposition im FDGB sowie Gründung der UGO), wäre näher zu untersuchen.

Obwohl bei den erlernten Berufen der Anteil von Leuten aus manuellen Tätigkeitsbereichen nicht sehr groß ist, tritt - im Vergleich zur CDU - das Bild der SPD als einer Arbeiterpartei deutlich zutage. Bis 1958 geben etwa 30 Prozent der sozialdemokratischen Kandidaten einen Facharbeiterberuf als erlernten Beruf an. Das war - und blieb auch 1963 - stets mehr als zweimal so viel wie bei der CDU.

Was die zur Zeit der Kandidatenaufstellung ausgeübte Berufsstellung angeht (s. Tabelle 8), so wurden in der Regel von der CDU für alle Wahlen zweimal so oft wie von der SPD Kandidaten aufgestellt, die selbständige und freie und akademische Berufe ausübten (Kategorien h und i) - Berufe also, die für das Bürgertum bezeichnend sind.

**Tabelle 8:** Ausgeübter Beruf der Kandidaten (in Prozent)

	SPD Wahljahr						CDU Wahljahr					
	46'	48'	50	54	58	63	46*	48*	50	54	58	63
a) nicht berufstätig	9	9	17	18	16	15	12	12	26	20	16	18
b) un- u. angelernte Berufe	6	3	3	3	2	2	4	4	4	3	2	2
c) Facharbeiter	18	18	7	6	9	4	10	7	6	4	3	3
d) Meister, Ingen. ohne Diplom	8	7	5	6	5	4	9	8	4	3	3	4
e) einfache Angestellte	9	7	8	8	5	4	8	6	6	7	7	5
f) qualifizierte Angestellte	30	34	26	25	28	35	25	26	21	24	26	29
g) höhere Angestellte	9	10	12	17	16	24	14	17	15	19	22	24
h) Selbständige	4	4	5	3	2	2	5	7	10	7	8	6
i) freie, akademische Berufe	3	8	5	4	5	4	10	9	6	8	7	7
j) Wahlbeamte, Funktionäre in Parteien, Verbänden	4	5	12	10	12	6	3	4	2	5	6	2
N=100%	(938)(595)(677)(609)(585)(702)						(716)(443)(478)(458)(580)(587)					

**Zusammenfassung**

a) nicht berufstätig	9	9	17	18	16	15	12	12	26	20	16	18
b.c.d) manuelle Tätigkeit	32	28	15	15	16	10	23	19	14	10	8	9
e.f) Angestellte	39	41	34	33	33	39	33	32	27	31	33	34
g.h.i) mittelständisch, bürgerl. Berufe	16	17	22	24	23	30	29	33	31	34	37	37
j) Wahlbeamte, Funktionäre in Parteien, Verbänden	4	5	12	10	12	6	3	4	2	5	6	2
N=100%	(938)(595)(677)(609)(585)(702)						(716)(443)(478)(458)(580)(587)					

•) Keine Unterscheidung zwischen erlerntem und ausgeübtem Beruf.

Bis 1954, aber insbesondere bei der Wahl von 1950 wurden Nicht-Berufstätige eher von der CDU als von der SPD aufgestellt. Ob bzw. in welchem Ausmaß dies der Aktivität von nicht berufstätigen Frauen oder von Rentnern geschuldet ist, wird zu untersuchen sein.

In den Jahren des Parteaufbaus und der Selbstverwaltungskonflikte um die Kontrolle der ursprünglich von den Sowjets bestellten und anschließend von KPD/SED kontrollierten Bereiche der Stadt- und Bezirksverwaltungen waren - bei den Wahlen 1946 und 1948 - weit mehr Kandidaten der SPD als der CDU in Berufen tätig, die für

Mitglieder der organisierten Arbeiterbewegung traditionell bezeichnend waren. Mit den Wahlen von 1948 wurde der Selbstverwaltungskampf beendet. Selbst unter dem eingangs erwähnten, noch näher zu untersuchenden Vorbehalt der besonderen Art der Berufsangaben der Wahljahre 1946 und 1948, die nicht explizit zwischen ausgeübtem und erlerntem Beruf unterscheiden, kann man wohl sagen, daß zwischen 1948 und 1950 der Anteil der manuellen Berufe bei der SPD stark zurückgeht. Ein weiterer merklicher Rückgang, der vermutlich mit einem Generationswechsel zusammenhing, fand 1963 statt. Auch bei der CDU ist ein Rückgang der manuellen Berufe zu verzeichnen, der jedoch hier kontinuierlich und ohne abrupte Sprünge verläuft.

## 6. Soziale Mobilität

Wenn wir uns zunächst lediglich zur Veranschaulichung den Anteil der manuellen Berufe bei denjenigen Kandidaten mit vorliegenden Berufsangaben der Kategorien b (un- und angelernte Arbeiter) bis j (Wahlbeamte, Partei- und Verbandsfunktionäre) sowohl bei erlernten als auch bei ausgeübten Berufen ansehen, so wird schon aus diesen Differenzen deutlich, daß selbst eine nur sehr wenige Kategorien umfassende Einteilung der erlernten und ausgeübten Berufe ausreicht, um erste Hinweise über soziale Mobilitätsvorgänge zu erhalten.

Tabelle 9: Arbeiteranteil von erlerntem und ausgeübtem Beruf bei denjenigen mit erfaßten Mobilitätsvorgänge (in Prozent)

	Wahljahr			
	1950	1954	1958	1963
<b>SPD</b>				
erlernter Beruf	42	42	40	32
N=100%	(546)	(484)	(471)	(574)
ausgeübter Beruf	18	18	20	12
N=100%	(546)	(484)	(471)	(574)
<b>CDU</b>				
erlernter Beruf	27	24	20	20
N=100%	(346)	(360)	(484)	(476)
ausgeübter Beruf	18	13	10	11
N=100%	(346)	(360)	(484)	(476)

Es wurde daher aus einer Verknüpfung der zusammengefaßten Kategorien 'manuelle Tätigkeit' (Kategorien b, c, d), 'Angestellte' (Kategorien e und f) und 'höhere Berufe' (Kategorien g, h, i, j) der Angaben zum erlernten und ausgeübten Beruf eine Variable soziale Mobilität erstellt mit den drei Kategorien: beruflicher Abstieg, keine ersichtliche Veränderung und beruflicher Aufstieg. Eine Verfeinerung des Meßinstruments wird, wie gesagt, angestrebt. Doch auch der vorerst auf diese einfache Art ermittelte Anteil der beruflichen Aufsteiger - Personen mit negativen beruflicher Karriereverläufen gibt es kaum unter den Kandidaten - gibt wichtige Hinweise für zukünftige detaillierte Analysen.

Tabelle 10: Anteil der beruflichen Aufsteiger nach Alter und Generation (in Prozent)

	SPD				CDU			
	Wahljahr 1950	1954	1958	1963	Wahljahr 1950	1954	1958	1963
N=100%	40 (546)	41 (484)	36 (471)	33 (574)	27 (346)	29 (360)	27 (484)	25 (476)
bis 35 J.	35	27	19	23	18	24	11	16
N=100%	( 54)	( 74)	( 83)	( 82)	( 56)	( 67)	( 98)	( 82)
36 - 49 J.	35	39	34	28	25	29	30	29
N=100%	(233)	(183)	(157)	(222)	(130)	(126)	(180)	(170)
50 - 64 J.	45	46	41	39	32	29	30	25
N=100%	(234)	(202)	(213)	(244)	(143)	(140)	(180)	(192)
älter	54	52	61	48	29	41	48	35
N=100%	( 24)	( 25)	( 18)	( 25)	( 17)	( 27)	( 25)	( 23)
Kaiserreich	45	51	54	36	31	34	32	44
N=100%	(197)	(105)	( 52)	( 14)	(131)	( 92)	( 53)	( 16)
Weimar	38	41	39	41	26	27	34	25
N=100%	(277)	(264)	(238)	(230)	(149)	(162)	(208)	(189)
Faschismus	36	36	33	33	31	30	24	28
N=100%	( 69)	( 87)	(113)	(187)	( 62)	( 89)	(148)	(166)
Nachkrieg	000	14	16	20	000	18	12	19
N=100%	(000)	( 28)	( 68)	(142)	(000)	( 17)	( 74)	(105)

Der Anteil der so ermittelten beruflichen Aufsteiger ist zwischen 1950 und 1963 bei der SPD durchgehend höher als bei der CDU. Jedoch geht dieser Anteil bei der SPD in diesem Zeitraum deutlich zurück, von etwa 40 Prozent in den Jahren 1950 und 1954 auf 33 Prozent im Jahre 1963. Obwohl vergleichsweise stabil ist auch bei der CDU 1963 der Anteil der beruflichen Aufsteiger mit 25 Prozent am niedrigsten.

Auch eine Kontrolle nach Alter ergibt bei der SPD bis auf eine Ausnahme für alle Altersgruppen in jedem Wahljahr einen höheren Anteil von beruflichen Aufsteigern als bei der CDU. Ein Vergleich mit der Kontrollvariablen Generation zeigt, daß für beide Parteien der Lebenszykluseffekt - die Wahrscheinlichkeit eines beruflichen Aufstiegs steigt mit dem Lebensalter - und der Generationseffekt hinsichtlich der Erklärung des Anteils beruflicher Aufsteiger zunächst als konkurrierende Erklärungsmodelle gegenüberstehen.

Wenn wir im folgenden jedoch, ohne die einzelnen Wahljahre und die verschiedenen Kandidaturen zu berücksichtigen, uns den Personenkreis insgesamt anschauen, der zwischen 1950 und 1963 bei Berliner Wahlen kandidiert hat und nach dem Zusammenhang von Generationszugehörigkeit und erlerntem Beruf (als Indikator für soziale Herkunft) fragen, wird man wohl eher dem Generationeneffekt den Vorzug geben.

Bei der SPD sinkt der Arbeiteranteil von 44 Prozent bei den im Kaiserreich Sozialisierten auf 22 Prozent bei der Nachkriegsgeneration ab, während andererseits der Anteil der höheren Berufe in dieser Generation mit 38 Prozent am höchsten ist. Auch bei der CDU ist dieser Anteil bei der Nachkriegsgeneration am höchsten. Etwas überspitzt könnte man sagen, daß in bezug auf die soziale Herkunft bei der Vorkriegsgeneration der Klassencharakter der beiden Parteien noch deutlich erkennbar ist, während dies bei der Nachkriegsgeneration in nicht mehr so starkem Maße der Fall ist.

Beträgt die Differenz des Arbeiteranteils bei dem erlernten Beruf zwischen SPD und CDU bei der Generation des Kaiserreichs noch 24 Prozent, so sind es bei der Nachkriegsgeneration nur noch 6 Prozent.

**Tabelle 11:** Erlernter Beruf und Generation - bezogen auf die Personen, die zwischen 1950 und 1963 kandidiert haben - (in Prozent)

	SPD				CDU			
	Kaiserreich	Weimar	Faschismus	Nachkrieg	Kaiserreich	Weimar	Faschismus	Nachkrieg
manuelle Berufe	44	38	30	22	20	24	19	18
Angestellte mittelständ.	38	39	47	40	51	48	49	37
bürgerlich	18	13	23	28	29	28	32	45
N=100%	(343)	(641)	(335)	(183)	(317)	(498)	(335)	(161)

Der Rückgang des Anteils der beruflichen Aufsteiger bei der SPD zwischen 1950 und 1963 kann somit auf einen Ablöseprozeß der Generationen zurückgeführt werden. Schon an anderer Stelle haben wir anhand von detaillierten beruflichen Karriereverläufen nachweisen können, daß soziale Strebsamkeit ein typisches Merkmal sozialdemokratischer Funktionäre gewesen ist, die den Vorkriegsgenerationen angehörten.(13) Dieses Bild bestätigt sich auch jetzt wieder bei den sozialdemokratischen Kandidaten. Die Nachkriegsgeneration sieht anders aus. Deren berufliche Ausgangsposition ist bereits eine wesentlich höhere.

Auch bei dem jeweils höchsten angegebenen Beruf desselben Personenkreises wird deutlich, daß die Nachkriegsgeneration in SPD und CDU, die von ihrem Lebensalter her den Zenith ihres Berufslebens noch vor sich hat, bereits zu 45 bzw. 53 Prozent in höheren Berufsstellungen ist.

**Tabelle 12:** Höchster ausgeübter Beruf und Generation - bezogen auf Personen, die zwischen 1950 und 1963 kandidierten, unter Ausschluß von Nicht-Berufstätigen sowie Wahlbeamten und Funktionären (in Prozent)

	SPD				CDU			
	Kaiserreich	Weimar	Faschismus	Nachkrieg	Kaiserreich	Weimar	Faschismus	Nachkrieg
manuelle Berufe	20	17	12	15	12	12	12	12
Angestellte mittelständ.	41	49	48	40	34	41	40	35
bürgerlich	39	34	40	45	54	47	48	53
N=100%	(218)	(541)	(296)	(182)	(217)	(433)	(298)	(159)

## 6. öffentlicher Dienst

Auf eine Zugehörigkeit zum öffentlichen Dienst können wir nur mittelbar über die Berufsangaben schließen, so daß hier eine gewissen Fehlerspanne vorliegt und wir allenfalls von Mindestanteilen sprechen können. Gleichwohl zeichnen sich deutliche Tendenzen ab.

**Tabelle 13:** Anteil der ersichtlich im öffentlichen Dienst beschäftigten Kandidaten (in Prozent)

	Wahljahr					
	1946*	1948*	1950	1954	1958	1963
SPD	17	19	23	27	26	43
CDU	17	23	23	26	30	39

\*) 1946 und 1948 nur eine Berufsangabe

Der Anteil der ersichtlich im öffentlichen Dienst beschäftigten Kandidaten stieg bereits 1948 bei der CDU und 1950 bei der SPD merklich an. Dies geschah vermutlich infolge der Neu-Bestellungen der Bezirks- und Stadtverwaltungen nach der Wahl im Oktober 1946 und nach Beendigung des Konfliktes um die Selbstverwaltung während der Blockade 1948. Während der Anstieg des Anteils der im öffentlichen Dienst Beschäftigten bei CDU-Kandidaten kontinuierlich verläuft (von 23 auf 39 Prozent), ist dies bei der SPD nicht der Fall. Der Anteil des öffentlichen Dienstes liegt in den fünfziger Jahren bei etwa einem Viertel und steigt zwischen 1958 und 1963 sprunghaft von 26 auf 43 Prozent an. Bei dieser Wahl waren Angehörige des öffentlichen Dienstes erstmals deutlich häufiger unter SPD-Kandidaten als unter den CDU-Kandidaten vertreten.

Damit scheint für die Kandidatenaufstellung die Zugehörigkeit zum öffentlichen Dienst in den sechziger Jahren in beiden Parteien erheblich an Bedeutung zugenommen zu haben. Daß auch hierbei der generationsmäßige Ablösungsprozeß eine gewichtige Rolle spielt, verdeutlicht die nächste Tabelle, wo wiederum die einzelnen Wahljahre unberücksichtigt bleiben und lediglich gefragt wird, ob bei den Personen, die ein oder mehrmals zwischen 1948 und 1963 kandidiert haben, es bei den Angaben zum ausgeübten Beruf, bzw. 1948 bei den einfachen Berufsangaben, eine solche gibt, die auf eine

Zugehörigkeit zum öffentlichen Dienst schließen läßt. Aus der Tabelle wird deutlich, daß mit dem Ablösen der Vorkriegsgenerationen der öffentliche Dienst massiv an Bedeutung gewinnt.

**Tabelle 14:** Anteil der ersichtlich im öffentlichen Dienst Beschäftigten nach Generation - bezogen auf Personen, die zwischen 1948 und 1963 kandidiert haben unter Ausschluß von Nicht-Berufstätigen sowie Wahlbeamten und Partei- und Verbandsfunktionären - (in Prozent)

	Kaiserreich	Weimar	Faschismus	Nachkrieg
SPD	37	45	54	58
N=100%	(208)	(504)	(287)	(175)
CDU	36	40	49	51
N=100%	(211)	(416)	(390)	(159)

## 7. Unterschiede zwischen gewählten und nicht gewählten Kandidaten

Tabelle 15 gibt den Anteil der gewählten Kandidaten der aufgeführten Kontrollgruppen bei den jeweiligen Wahlen wieder. Diese Art der Darstellung hat zwar den Nachteil, daß variierende Listenlängen und Wahlergebnisse mit in die aufgeführten Anteile der gewählten Kandidaten einfließen und insofern weder die Parteien noch die einzelnen Wahljahre direkt miteinander verglichen werden. Gleichwohl können Aussagen über sich verändernde Chancen gewählt zu werden, getroffen werden.

**Tabelle 15:** Anteil der Gewählten (Abgeordnetenhaus und Bezirksverordnetenversammlung) unter verschiedenen Kontrollbedingungen (in Prozent)

	SPD Wahljahr						CDU Wahljahr					
	1946	1948	1950	1954	1958	1963	1946	1948	1950	1954	1958	1963
<b>Geschlecht</b>												
Frauen	43	61	44	53	55	59	24	25	29	39	39	33
N=100%	(216)	(125)	(140)	(108)	( 98)	(113)	(166)	(106)	(103)	( 95)	(100)	( 98)
Männer	44	56	39	50	59	58	27	25	33	50	46	35
N=100%	(773)	(504)	(576)	(521)	(499)	(590)	(557)	(351)	(395)	(375)	(483)	(490)
<b>Alter</b>												
bis 35 J.	000	59	42	46	44	62	000	18	31	49	39	26
N=100%	(000)	( 66)	( 71)	( 93)	( 97)	( 90)	(000)	( 62)	( 84)	( 86)	(110)	( 96)
36 bis 49J.	000	56	43	50	60	57	000	24	32	53	51	38
N=100%	(000)	(257)	(289)	(217)	(190)	(242)	(000)	(156)	(171)	(148)	(200)	(194)
50 bis 64J.	000	58	39	51	62	60	000	26	34	47	43	34
N=100%	(000)	(274)	(294)	(260)	(256)	(295)	(000)	(203)	(203)	(184)	(211)	(227)
älter	000	53	28	58	59	53	000	39	33	37	46	39
N=100%	(000)	( 30)	( 60)	( 59)	( 54)	( 75)	(000)	( 33)	( 40)	( 52)	( 61)	( 71)
<b>Generation</b>												
Kaiserreich	000	57	37	55	61	53	000	29	32	39	42	42
N=100%	(000)	(283)	(278)	(164)	( 95)	( 58)	(000)	(222)	(201)	(144)	( 97)	( 59)
Weimar	000	57	41	52	61	59	000	24	34	53	45	33
N=100%	(000)	(278)	(345)	(320)	(288)	(283)	(000)	(170)	(201)	(192)	(241)	(226)
Faschismus	000	59	44	44	61	58	000	18	32	52	51	38
N=100%	(000)	( 66)	( 89)	(106)	(133)	(208)	(000)	( 62)	( 89)	(111)	(160)	(182)
Nachkrieg	000	000	000	41	42	60	000	000	000	44	38	28
N=100%	(000)	(000)	(000)	( 39)	( 81)	(153)	(000)	(000)	(000)	( 23)	( 84)	(121)
<b>Ausgeübter Beruf</b>												
Nicht be- rufstätig	34	59	33	47	52	63	26	20	28	37	40	41
N=100%	( 83)	( 53)	(114)	(108)	( 95)	(109)	( 86)	( 54)	(122)	( 92)	( 91)	(107)
manuelle Berufe	38	50	34	41	48	51	16	19	21	37	31	29
N=100%	(294)	(167)	(103)	( 90)	( 95)	( 71)	(163)	( 83)	( 66)	( 46)	( 48)	( 51)
Angestellte mittelständ.	41	58	33	50	54	57	21	19	27	48	37	26
N=100%	(365)	(241)	(230)	(201)	(190)	(270)	(241)	(142)	(127)	(140)	(192)	(200)
Berufe Wahlbeamte	57	67	43	53	64	58	37	32	44	55	51	40
N=100%	(155)	(105)	(148)	(150)	(132)	(210)	(206)	(148)	(151)	(158)	(213)	(217)
etc.	81	83	74	80	80	74	75	82	83	86	89	50
N=100%	( 41)	( 29)	( 82)	( 60)	( 73)	( 42)	( 20)	( 16)	( 12)	( 22)	( 36)	( 12)

Tabelle 16: Fortsetzung

	SPD						CDU					
	Wahljahr		1950	1954	1958	1963	Wahljahr		1950	1954	1958	1963
	1946	1948					1946	1948				
<b>Sektor der Berufstätigkeit</b>												
offen tl.												
Dienst	44	61	32	44	52	54	35	20	31	55	41	35
N=100%	(160)	(115)	(159)	(167)	(153)	(302)	(126)	(102)	(110)	(121)	(172)	(228)
Privatwirtschaft	43	56	38	52	58	59	22	26	34	47	44	31
N=100%	(654)	(398)	(322)	(274)	(274)	(249)	(485)	(271)	(234)	(223)	(281)	(240)

•) Keine Unterscheidung zwischen erlerntem und ausgeübtem Beruf

So fällt z.B. bei der Kontrollvariablen Geschlecht auf, daß bei der SPD die Chance gewählt zu werden bei Männern und Frauen relativ ausgeglichen ist. Zwischen 1948 und 1954 hatten die sozialdemokratischen Kandidatinnen diesbezüglich sogar leichte Vorteile, während die Kandidatinnen der CDU zwischen 1950 und 1958 wesentlich schlechtere Chancen hatten als ihre männlichen Kollegen.

Bei der Kontrollvariable Alter ergibt sich kein einheitliches Bild. So haben bei der SPD 1948 und 1950 die beiden jüngeren Altersgruppen bessere Chancen gewählt zu werden. Bei den nächsten beiden Wahlen sieht es umgekehrt aus. Jetzt ist die jüngste Altersgruppe im Nachteil. Aber auch dieses Bild ändert sich 1963 wieder.

Bei der CDU sind die bis 35-jährigen Kandidaten bei den Wahlen 1948, 1958 und 1963 (große Wahlniederlage der CDU) deutlich benachteiligt.

Dieses uneinheitliche Bild spiegelt sich auch bei der Variablen Generation wieder. Bei der SPD ist die Nachkriegsgeneration hinsichtlich der Chancen gewählt zu werden 1954 und 1958 deutlich benachteiligt. Aber ganz im Gegensatz zu den christdemokratischen Kandidaten des gleichen Generationszusammenhangs haben die sozialdemokratischen Kandidaten der Nachkriegsgeneration bei der darauf folgenden Wahl 1963 im Vergleich zu den anderen Generationen sogar leichte Vorteile.

Bei den ausgeübten Berufen fällt in beiden Parteien beinahe bei jeder Wahl die deutliche Benachteiligung der manuellen Berufe ins Auge. Daß Wahlbeamte und Partei- und Verbandsfunktionäre in der Regel auf sicheren Listenplätzen kandidieren, kann nicht weiter überraschen. Die in beiden Parteien oftmals guten Chancen von Nicht Berufstätigen, lassen es uns ratsam erscheinen, diese Kategorie in Zukunft genauer zu spezifizieren, und zu versuchen, bei Pensionären auch die ehemaligen Berufe zu ermitteln, da es insgesamt nicht wenige Berufsbezeichnungen mit den Kürzeln a.D. oder i.R. gab. Davon abgesehen wird insgesamt ersichtlich, daß die Platzierung der Kandidaten auf aussichtsreichen Listenplätzen von der beruflichen Qualifikation abhängt.

Eine solch klare Aussage kann hinsichtlich des Sektors der Berufstätigkeit jedoch nicht getroffen werden. Bei der CDU wechseln die jeweils besseren Chancen gewählt zu werden nahezu von Wahl zu Wahl zwischen dem öffentlichen Dienst und der Privatwirtschaft. Lediglich in den Wahljahren 1946 und 1948 hatten sozialdemokratische Kandidaten, die im öffentlichen Dienst beschäftigt waren, die gleichen bzw. 1948 die



besseren Chancen, ein Abgeordnetenmandat zu erhalten, als ihre Mitbewerber aus der Privatwirtschaft. Hierin spiegelt sich vermutlich die herausragende Bedeutung des öffentlichen Dienstes in dieser Zeit wieder, welche dieser in den Auseinandersetzungen zwischen SPD und SED gehabt hat und die dazu geführt haben mag, daß die exponierte Stellung von Sozialdemokraten im öffentlichen Dienst und der damit verbundene politische Druck seitens der SED bei der Listenplatzierung entsprechend honoriert wurde.

Dieser Art der Darstellung, die lediglich den jeweiligen Anteil der gewählten Abgeordneten wiedergibt, hat, wie gesagt, Nachteile, und es gilt, langfristig Verfahren zu entwickeln, die es erlauben, unterschiedliche Chancen von sozialstrukturell definierten Gruppen auch im Zeitverlauf und im Vergleich der Parteien zueinander darzustellen. Ein gangbarer Weg wäre etwa, sichere und aussichtsreiche Listenplatzierungen von völlig aussichtslosen zu unterscheiden, da letzte praktisch nur als eine besondere Form der Anerkennung und Belohnung von Parteimitgliedern zu verstehen sind. Eine andere Möglichkeit bestände weiterhin in varianzanalytischen Vorgehensweisen, wo im Prinzip unterschiedliche durchschnittliche Listenplatzierungen von sozialstrukturell definierten Gruppen verglichen werden, wobei zuvor, um unterschiedliche Listenlängen zu berücksichtigen, die einzelnen Listenplatzierungen standardisiert und als Abweichung vom durchschnittlichen Listenplatz dargestellt werden müssen.

## 8. Zirkulation und Anciennität

Von den Personen, die zwischen 1946 und 1963 als Kandidaten für die SPD und die CDU aufgestellt wurden, kandidierten 63 Prozent bei der SPD und 68 Prozent bei der CDU; lediglich einmal und auch bereinigt um den Anteil derjenigen, die 1946 in den Ostsektoren der Stadt kandidieren, sinkt dieser Anteil nur geringfügig auf 56 Prozent bei der SPD und 64 Prozent bei der CDU.

Tabelle 16: Häufigkeit der Wiederaufstellung nach Partei (in Prozent)

	SPD	CDU
1-mal aufgestellt	63	68
2-mal aufgestellt	18	18
8-mal aufgestellt	10	7
4-mal aufgestellt	5	4
5-mal aufgestellt	3	2
6-mal aufgestellt	1	1
N=100%	(2477)	(2134)

Im folgenden soll ein erster Einstieg in die Fragestellung der Offenheit bzw. Geschlossenheit des Systems der Kandidatenaufstellung von SPD und CDU zwischen 1946 und 1963 gegeben werden. Hierzu wurde eine Variable mit 3 Kategorien gebildet. "Altkandidaten" sind solche Kandidaten, die schon einmal bei einer vorigen Wahl aufgestellt waren. Die Kategorien "erstmalige Kandidaten" bezeichnet bei Mehrfachkandidaten den Zeitpunkt der erstmaligen Aufstellung als Kandidat.

Abgesehen von dem Wahljahr 1963, wo in beiden Parteien der Anteil von Altkandidaten mit 53 Prozent gleich hoch ist, ergibt sich insgesamt der Eindruck einer höheren Fluktuation von Kandidaten bei der CDU. So ist der Anteil von Altkandidaten bei der SPD, der zwischen 1948 und 1958 um 11 Prozent steigt (von 49% auf 60%), durchgehend und deutlich höher als bei der CDU, während umgekehrt der Anteil der nur einmal Kandidierenden bei der CDU zwischen 1946 und 1958 stets höher ist als bei der SPD.

Tabelle 17: Altkandidaten, erstmalig und nur einmal Kandidierende (in Prozent)

	Wahljahr					
	1946'	1948	1950	1954	1958	1963
<b>SPD</b>						
Altkand.	00	49	54	58	60	53
erstmalig	56	26	18	20	22	-
einmalig	44	25	28	22	18	47+
N=100%	(605)	(629)	(716)	(629)	(597)	(703)
<b>CDU</b>						
Altkand.	00	41	41	46	44	53
erstmalig	44	23	18	26	25	-
einmalig	56	36	41	28	31	47+
N=100%	(723)	(457)	(498)	(470)	(583)	(588)

\*) Nur bei Kandidaten der Westsektoren

+) Ob einmaliger oder erstmaliger Kandidaten nicht feststellbar.

Tabelle 18 gibt den Anteil gewählter Abgeordneter (Abgh. und BVV) an den "Altkandidaten", "erstmaligen" Kandidaten und nur bei der jeweiligen "Wahl" Kandidierenden wieder. Es wird deutlich, daß "bewährte" Leute stets die besten Chancen haben, gewählt zu werden. Desweiteren besteht in beiden Parteien ein deutlicher Unterschied hinsichtlich der Chance, gewählt zu werden zwischen denjenigen neuen Kandidaten, für die eine solche Kandidatur nur eine Episode in ihrem politischen Leben ist und für solche, für die dies den Beginn einer politischen Karriere bedeutet. In Verbindung mit der - hier nicht näher ausgeführten Tatsache -, daß diese "erstmaligen" Kandidaten im Vergleich zu den beiden anderen Kategorien stets das niedrigste Durchschnittsalter haben (zwischen 42 und 46 Jahren), kann daraus geschlossen werden, daß beide Parteien politischen Nachwuchskräften zu einem bestimmten Teil auch aussichtsreiche Listenplätze zugestanden, um in den Parlamenten eine geregelte Teilerneuerung der Fraktionen zu gewährleisten (14)

Tabelle 18: Anteil der gewählten Kandidaten nach Altkandidaten, erstmalig und nur einmal Kandidierenden (in Prozent)

	SPD						CDU					
	Wahljahr						Wahljahr					
	1946'	1948	1950	1954	1958	1963	1946'	1948	1950	1954	1958	1963
Altkand.	000	68	58	67	73	77	000	76	54	68	69	56
N=100%	(000)	(309)	(383)	(362)	(358)	(371)	(000)	(187)	(203)	(218)	(257)	(312)
erstmalig	60	59	26	42	47	000	40	20	37	36	36	000
N=100%	(338)	(163)	(129)	(125)	(130)	(000)	(205)	(106)	(90)	(120)	(147)	(000)
einmalig	33	32	14	17	24	38+	18	6	9	26	18	10+
N=100%	(267)	(156)	(204)	(142)	(109)	(332)+	(258)	(164)	(205)	(132)	(179)	(276)+

\*) Nur bei Kandidaten der Westsektoren

+) Ob einmaliger oder erstmaliger Kandidat nicht feststellbar.

Abschließend werden wir die erhobenen Daten wiederum von einem anderen Blickpunkt aus betrachten. Es geht zunächst abstrakt um die Frage, ob es unterschiedlich lange Verweilzeiten von Kandidaten und Abgeordneten gibt und zwar in Abhängigkeit des Zeitpunktes des erstmaligen Betretens dieser politischen Bühne. Konkret stehen dabei diejenigen Männer und Frauen im Mittelpunkt des Interesses, die als Kandidaten und Abgeordnete der Wahlen 1946 und 1948 die "Geburtswehen" des politischen Systems Berlin (West) erlebt haben. Die Vermutung liegt nahe, daß die Männer und Frauen der ersten Stunde sich eines besonderen Ansehens erfreuten, das sich in einer bevorzugten Berücksichtigung bei späteren Wahlen niederschlug.

Wir operationalisieren dies, indem wir fragen, ob beispielsweise der Anteil derjenigen, die auch noch zwei Wahlen später kandidieren, bei den Kandidaten des Jahres 1946 höher ist als beispielsweise bei den Kandidaten, die 1954 erstmals kandidieren.

**Tabelle 19:** Von den Erstkandidaten  
der SPD des Wahljahres

	1946	1948	1950	1954	1958
kandidierten	%	%	%	%	%
1 Wahl später	48	47	36	42	54
2 Wahlen später	34	29	24	28	
3 Wahlen später	21	20	16		
4 Wahlen später	14	14			
5 Wahlen später	8				

N=100% (605) (319) (332) (227) (239)

Von den Erstkandidaten  
der CDU des Wahljahres

	1946	1948	1950	1954	1958
kandidierten	%	%	%	%	%
1 Wahl später	39	33	26	42	45
2 Wahlen später	23	18	17	28	
3 Wahlen später	17	17	11		
4 Wahlen später	10	12			
5 Wahlen später	5				

N=100% (461) (268) (295) (250) (325)

Zunächst einmal kommt auch in dieser Darstellungsweise die schon weiter oben konstatierte höhere Fluktuation bei der CDU zum Ausdruck. Desweiteren fällt in beiden Parteien bei den Erstkandidaten des Wahljahres 1950 der vergleichsweise niedrige Anteil derjenigen auf, die auch später noch einmal kandidieren. Es ergibt sich insgesamt nicht der Eindruck, daß sich in beiden Parteien die Kandidaten der Wahljahre 1946 und 1948 in ihrer Fluktuation von späteren Kandidaten stark unterscheiden. So ist bei der SPD der Anteil derjenigen Erstkandidaten, die eine Wahl später wieder kandidieren mit 54 Prozent 1958 am höchsten und auch 1954 mit 42 Prozent nicht deutlich niedriger als bei den Erstkandidaten der Jahre 1946 und 1948. Diejenigen sozialdemokratischen Wahlbewerber, die 1954 zum ersten Mal aufgestellt wurden, kandidierten zu 28 Prozent auch noch bei der übernächsten Wahl. Dies entspricht in etwa dem Anteil der Erstkandidaten des Jahres 1948 (29 Prozent) und liegt 6 Prozent

unter dem des Jahres 1946. Jedoch bedeutet der Terminus "zwei Wahlen später" 1946 einen Zeitraum von nur 4 Jahren, 1954 hingegen mehr als das Doppelte. Bei der CDU sind die gleichen Anteile 1954 höher als bei den ersten Nachkriegswahlen.

Dieser Gesamteindruck eines schon von Beginn an "normal" funktionierenden Systems der Aufstellung von Kandidaten, ändert sich im großen und ganzen nicht, wenn man nur die gewählten Erstkandidaten ins Auge faßt und fragt, wie hoch der jeweilige Anteil der hiervon bei späteren Wahlen wiedergewählten ist.

Das parteiinterne Ringen um die Kandidatenaufstellung, von der Stephanie Münke für das Wahljahr 1950 berichtete (15), fand offenbar von Beginn der ersten Nachkriegswahl an statt.

**Tabelle 20:** Von den gewählten Erstkandidaten der  
**SPD** des Wahljahres

	1946	1948	1950	1954	1958
wurden wiederge- wählt	%	%	%	%	%
1 Wahl später	53	44	50	54	58
2 Wahlen später	33	33	32	33	
3 Wahlen später	23	24	21		
4 Wahlen später	17	15			
5 Wahlen später	10				

N=100% (291) (146) ( 62) ( 76) ( 87)

Von den gewählten Erstkandidaten der  
**CDU** des Wahljahres

	1946	1948	1950	1954	1958
wurden wiederge- wählt	%	%	%	%	%
1 Wahl später	43	64	50	50	46
2 Wahlen später	34	43	33	29	
3 Wahlen später	24	43	15		
4 Wahlen später	16	21			
5 Wahlen später	5				

N=100% (126) ( 28) ( 76) ( 76) ( 87)

### III. SCHLUßBEMERKUNGEN

Wir haben hier lediglich einen ersten Überblick über die wichtigsten bisher vorliegenden Forschungsergebnisse der Analyse der Kandidaten der Wahljahre 1946 bis 1963 geben können. Gleichwohl hoffen wir deutlich gemacht zu haben, daß die auf den ersten Blick so spärlich anmutenden Informationen, die den amtlichen Kandidatenlisten entnommen werden können, aufschlußreiche Hinweise geben, die dann im Kontext von anderen Fragestellungen quasi als wertvolle Mosaiksteine fungieren.

Dies gilt für allgemeine Fragen der politischen Soziologie wie für historische gleichermaßen, wobei wir der Ansicht sind, daß beide Bereiche stets aufeinander bezogen sein sollten, ja letztendlich deren Trennung eine rein heuristische ist, dazu

bestimmt, Systematisches vom historisch Besonderen zu scheiden, um so im Zusammenspiel dieser beiden Dimensionen konkrete Entwicklungen nachvollziehbar zu machen.

So ist es beispielsweise durch die Theorie erklärt, daß im Sinne einer Effizienz parlamentarisch-demokratischer Willensbildung Fragen der sozialen Repräsentativität in den Hintergrund treten und das Sozialprofil der Kandidaten eher die Forderung nach fachlicher Kompetenz widerspiegelt, die an potentielle Mandatsinhaber gestellt wird.<sup>(16)</sup> Dies allein erklärt das auch in unserer Untersuchung angetroffene spezielle Sozialprofil, welches mit dem der Gesamtbevölkerung wenig gemein hat, jedoch in dieser Hinsicht nicht in besonderen historischen Konstellationen begründet liegt.

Indessen ist das mit einem politischen Mandat verknüpfte Rollenpostulat der Professionalität und Kompetenz nur mittelbar mit der vorangegangenen beruflichen Qualifikation verknüpft. Die aufgestellten Kandidaten haben zum Zeitpunkt ihrer Nominierung einen politischen Werdegang innerhalb der jeweiligen Partei hinter sich, dem über den Beruf eingebrachte Fähigkeiten gewiß in starkem Maße förderlich waren. Allerdings gibt es hier - neben der sozialen Herkunft - zum einen bei gleicher Qualifikation höchst unterschiedliche Berufsfelder (öffentlicher Dienst, Privatwirtschaft) und zum anderen hiervon unabhängig andere Merkmale (Geschlecht, Alter etc.), deren Veränderung Indikator für vielfältige ineinander verwobene Ursachen sein kann: ideologisch-programmatische Änderungen (Godesberger Programm, vom christlichen Sozialismus Jakob Kaisers zur CDU Adenauers), Veränderungen des Parteitypus ( von der Honoratiorenpartei zur mitgliederstarken, von professionellen Parteiapparaten gemanagten "Volkspartei"), neuen innerparteilichen Gegeneliten ("alte Linke" vs. "neue Linke", Traditionsgebundene vs. Technokraten) wären hier als wichtigste Stichworte zu nennen.

#### NOTES

- 1 Bisher erschienen in der gleichnamigen Reihe:  
 Band 1: Harold Hurwitz, Die politische Kultur der Bevölkerung und der Neubeginn konservativer Politik, Köln 1983;  
 Band 2: Harold Hurwitz/Klaus **Suhl**, Autoritäre Tradierung und Demokratiepotential in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, Köln 1984;  
 Band 3: Harold Hurwitz, Die Eintracht der Siegermächte und die Orientierungsnot der Deutschen 1945-1946, Köln 1984.
- 2 Klaus Sühl/Bernhard Weßels, Zur Bedeutung von "Amtsblatt- und Handbuchdaten" für die empirisch-quantifizierende Forschung, in: Historical Social Research/Historische Sozialforschung, Nr. 24, (Oct.1982), S. 79-96.
- 3 Heino Kaack, Die personelle Struktur des 9. Deutschen Bundestages - ein Beitrag zur Abgeordnetensoziologie, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 12, H. 2, 1981, S. 165-202.
- 4 Richard Stoß, Kandidaten und Abgeordnete: Zur sozial-strukturellen Repräsentation und Zirkulation, in: Presse- und Informationsstelle der Freien Universität Berlin, (Hrsg.), Informationen aus Lehre und Forschung, 4/1985.
- 5 Scientific Information Retrieval, User's Manual, Version 2, Kap.1, S. 5, Evanston 1980.
- 6 Statistisches Jahrbuch Berlin 1964, S. 23.
- 7 Hurwitz, Die politische Kultur...(Anm.1), S. 286.
- 8 Stephanie Münke, Wahlkampf und Machtverschiebung, (= Schriften des Instituts für Politische Wissenschaft, Bd. 1), Berlin 1952, S. 36.
- 9 Jahresbericht der SPD Groß-Berlin 1946-1947, S. 11.
- 10 Helmut Fagt, Politische Generationen, Opladen 1982, S. 58.

- 11 Hurwitz, Die politische Kultur...(Anm. 1), S. 287; Wolfgang Hackel, Zur Auswahl des politischen Nachwuchses in der Bundesrepublik Deutschland, Die Junge Union als Sprungbrett für politische Karrieren in der CDU, Stuttgart 1978, S. 87-89.
- 12 Vgl. Donald J. Treiman, Probleme der Begriffsbildung und Operationalisierung in der international vergleichenden Mobilitätsforschung, in: Franz Urban Pappi (Hrsg.): Sozialstrukturanalysen mit Umfragedaten, Athenäum 1979, S.124-167; Johann Handl, Sozioökonomischer Status und der Prozeß der Statuszuweisung - Entwicklung und Anwendung einer Skala, in: Johann Handl/Karl Ulrich Mayer/Walter Müller, Klassenlagen und Sozialstruktur (SPES). Sozialpolitisches Entscheidungs- und Indikatorensystem, Frankfurt a. Main/New York 1977, S. 101-153.
- 13 Hurwitz/Sühl, Autoritäre Tradierung...(Anm. 1), S. 234ff..
- 14 Münke, Wahlkampf und Machtverschiebung, (Anm. 7), S. 64.
- 15 Ebd., S. 67.
- 16 Vgl. Stoß, Kandidaten und Abgeordnete (Anm. 4), S. 87-91; Münke, Wahlkampf und Machtverschiebung, (Anm. 7), S. 64; Heinz Eulau/John C. Wahlke, The Politics of Representation, Beverly Hills/London 1978; Robert Putnam, The Comparative Study of Political Elites, New Jersey, Englewood Cliffs 1976.
- 17 Johannes-Berthold Hohmann/Harold Hurwitz/Götz Kuckhahn, Kontinuität und Wandel in der Rekrutierung von SPD-Mitgliedern in einem Berliner Bezirk von 1945 bis 1973, in: Historical Social Research/Historische Sozialforschung, Nr. 39, (July 1986), S. 3-35.